

13.08.2009 – 11:32 Uhr

Ein "Milliardenloch" garantiert noch keine Verlagerung ...

Bern (ots) -

Der Schweizerische Nutzfahrzeugverband ASTAG nimmt die Studie der Alpeninitiative zum Gotthardbasistunnel ohne Überraschung zur Kenntnis. Bei nüchterner Betrachtung bleibt unbestritten, dass die bisherige Verlagerungspolitik auf der ganzen Linie in eine Sackgasse führen dürfte und vor allem einen riesigen Schuldenberg hinterlassen wird - theoretische Verlagerungseffekte hin oder her. Daran wird auch die Inbetriebnahme des Gotthardbasistunnels nichts ändern. In diesem Sinne bleiben auch die Forderungen nach noch mehr Subventionen und Zwangsmassnahmen zulasten des Strassentransports in den alten, illusorischen Denkmustern verhaftet. Notwendig wären stattdessen endlich ein umfassendes Gesamtkonzept und eine Neuorientierung der Verkehrspolitik.

Die Studie zur Verlagerungswirkung des Gotthard-Basistunnels, die die Alpeninitiative heute vorgestellt hat, enthält nach Ansicht des Schweizerischen Nutzfahrzeugverbands einmal mehr keine neuen Erkenntnisse. Bei einer realistischen Analyse war schon lange bekannt, dass die bisherige Verlagerungspolitik definitiv gescheitert ist. Unumstösslicher Beweis dafür ist die Aufteilung des Transportvolumens (Modal Split) auf Schiene und Strasse, die sich in den letzten Jahren trotz einseitigen Zwangsmassnahmen zulasten des Strassentransports und Milliardeninvestitionen bahnseitig kaum verschoben hat. Daran wird auch die Inbetriebnahme des Gotthardbasistunnels ab 2017 nichts ändern, auch wenn dies jetzt suggeriert wird. Denn die Verkehrsmittelwahl wird weniger durch die verfügbare Infrastruktur als vielmehr durch qualitative Parameter wie Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit bestimmt. Zu diesen Erkenntnissen ist vor 20 Jahren auch der Bund gelangt: In seiner NEAT-Botschaft von 1990 hatte der Bundesrat festgehalten, dass auf den Zufahrtslinien im Norden und Süden weiterhin Engpässe bestehen werden: «Insgesamt liegt die Kapazität der Basis- und Berglinie zusammen etwa ein Drittel höher als die Aufnahmefähigkeit der Zufahrtslinien.»

Utopische Verlagerungsziele kosten Steuerzahler Milliarden

Dessen ungeachtet wandelt die Alpeninitiative weiterhin auf den alten, ausgetretenen Pfaden der 80er Jahre. Ihre Forderungen nach noch mehr Subventionen und Zwangsmassnahmen gegen den Strassentransport weisen in die falsche Richtung bzw. direkt in die Sackgasse. Andere Länder versuchen aus nachhaltigen Gründen nach Kräften, das Transportgewerbe zu entlasten. In der Schweiz hingegen, wo schon heute flächendeckend die europaweit höchsten Abgaben erhoben werden, soll die Belastung immer mehr zunehmen, damit utopische Verlagerungsziele und Luxusvarianten von Bauprojekten finanziert werden können. Indessen garantiert ein "Milliardenloch" auch nach 2017 noch keine Verlagerung ...

Dringend nötig ist erstens eine grundlegende Neuorientierung der Verkehrspolitik hin zu mehr Markt und Wettbewerb im Schienensektor. Statt Zwangsmassnahmen im Strassentransport braucht es qualitative Verbesserungen bei den Bahnen. Die ASTAG fordert deshalb eine rasche

Umsetzung der Bahnreform 2 und eine Besserstellung des Güterverkehrs!
Und zweitens müsste die gesamte Bahn-Infrastrukturfinanzierung endlich neu aufgelegt werden, damit anstelle unrealistischer Wunschkonzerte bei Schienenausbauprojekten endlich mehr die Wirtschaftlichkeit im Vordergrund stünde.

Kontakt:

ASTAG Schweizerischer Nutzfahrzeugverband
Michael Gehrken
Weissenbühlweg 3, 3007 Bern
031 370 85 24

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100001880/100588082> abgerufen werden.